

# Strahlenschutz oder Journalistenschutz?

Max Giger, Mitglied des FMH-Zentralvorstandes, Winterthur

## Die Mitteilung des BAG

Am 21. Mai 2001 teilte das Bundesamt für Gesundheit/BAG folgendes mit: «Das BAG hat rund 17000 Röntgenanlagen bei Ärzten, Zahnärzten, Chiropraktoren und Tierärzten kontrolliert. Der weitaus grösste Teil der Einrichtungen gab zu keinerlei Beanstandungen Anlass. In rund 350 Fällen entzog das BAG jedoch die sogenannte Strahlenschutzbewilligung. Dies zum grössten Teil, weil die Betreiber ihre Röntgengeräte trotz mehrfachen Hinweisen und Mahnungen nicht entsprechend der Strahlenschutzverordnung gewartet und geprüft hatten.»

## Der Artikel

In der Weltwoche vom 31. Mai 2001 publizierte Maja Peter einen Artikel mit dem Titel: «Ärzte pfeifen auf den Strahlenschutz: 450 Medizinern wurde die Bewilligung zum Röntgen entzogen. Denn viele arbeiten mit veralteten Geräten, lassen sie nicht vorschriftsgemäss warten und überprüfen». Der Artikel strotzt vor Fehlern und kann kaum etwas anderes beabsichtigen, als Ärzte in die Pfanne zu hauen. Es ist darin die Rede von «illegalem Treiben», «nicht ernst nehmen der Gefahr, die von Röntgenstrahlen ausgeht», «Gesetzesbrechern», «veralteten Geräten in den Privatpraxen» und dem «zu lukrativen Geschäft mit den Röntgenbildern». Die Patientenorganisation und die Krankenversicherer werden zitiert. Die Fachleute der Hersteller Siemens und Philips werden dahingehend zitiert, dass die Anlagen innert zehn Jahren amortisiert sind. Kurzum: Auf die Ärzte will sie prügeln, die gute Frau Peter. Sie schreibt von Seibert(?) und «radioaktiver Bestrahlung» ausgehend von Röntgenanlagen(?) und legt so ihren schludrigen von Sachkenntnis ungetrübten Journalismus offen zu Tag.

## Die Fakten

99% der Ärztinnen und Ärzte haben die Anlagen vorschriftsgemäss gewartet. Sie nahmen die alle drei Jahre wiederkehrenden Kosten von rund 1000 Franken im Interesse des Strahlenschutzes für ihre Patientinnen und Patienten in Kauf, dies bei seit mehr als acht Jahren eingefrorenen Tarifen. Ihre Röntgenanlagen genügen den Anforderungen an den Strahlenschutz gemäss den im Vergleich zum übrigen Europa sehr strengen Vorschriften des Strahlenschutzgesetzes vollumfänglich. Die Patientinnen und Patienten dürfen sich ohne Angst der notwendigen Röntgenaufnahme unterziehen. Die Wartezimmer müssen nicht mit Zertifikaten tapeziert werden.

Die Nachfrage beim BAG hat ergeben, dass knapp die Hälfte der 350 Entzüge Ärztinnen und Ärzte betrifft. Bei vielen ist der Entzug mit der endgültigen und geplanten Stilllegung der Anlage verbunden, andere warten auf die Wartung ihrer Anlage gemäss Art. 74 der Strahlenschutzverordnung durch die überlasteten Röntgenfirmen, und nur ein kleiner Teil will sich den gesetzlichen Auflagen nicht fügen.

Die mittlere jährliche effektive Dosis pro Einwohner infolge medizinischer Strahlenexposition beträgt 1,0 mSv. Zu diesem Resultat kommt die vom BAG veranlasste und im Dezember 2000 veröffentlichte Studie «Enquête sur l'exposition par le radiodiagnostic en Suisse en 1998» ([www.hospvd.ch/public/instituts/ira](http://www.hospvd.ch/public/instituts/ira)). Einige Daten aus diesem Bericht in Kürze: Röntgenuntersuchungen werden zu 31% von Spitälern, zu 15% von Grundversorgern, zu 2,5% von privaten Röntgeninstituten und zu 43% von Zahnärzten erbracht (weitere 8% werden anderen Kategorien zugerechnet). Von der dabei insgesamt applizierten Röntgendosis entfällt aber mit 72% der Hauptanteil auf die Spitäler, die restliche Dosis verteilt sich auf 9,5% durch Grundversorger, auf 7% durch private Röntgeninstitute und auf lediglich 1% durch Zahnärzte applizierte Röntgendosen (10% andere Kategorien). 42% der Gesamtdosis wird durch 48% der Untersuchungen mit konventionellem Röntgen verursacht; 58% der Gesamtdosis wird durch 6% der Untersuchungen mit Computertomographen, Durchleuchtung und vor allem interventionellen radiologischen Untersuchungen wie den zerebralen und koronaren Angiographien appliziert.

## Die Moral der Geschichte

Guter Journalismus umfasst ein möglichst gründliches Recherchieren, das Erarbeiten einer minimalen Sachkenntnis, die korrekte Wiedergabe und die kritische Interpretation der Tatsachen. Solchen Journalismus wünschen wir uns; nur solche Kritik bringt uns weiter.